

Hegemonie erobern

Jahrbuch 2006 des Schweizer »Denknetzes« diskutiert Strategien linker Sozialpolitik

Von Gerhard Hanloser



Auch in der Schweiz verstärken sich Ungleichheit und Entsolidarisierung. Foto: 1. Mai 2005 in Zürich

Die Schweiz, so scheint es ausländischen Beobachtern, ist eine arbeitsmarktpolitische Idylle. Doch auch in der Alpenrepublik herrscht der neoliberale Diskurs vor.

Um der Hegemonie des Neoliberalismus den Boden zu entziehen hat sich 2003 das »Denknetz Schweiz« gegründet. Es versteht sich als gewerkschaftsnahes Forum für die Debatte aktueller Themen aus Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitspolitik. Der Dialog soll Wissenschaft und Forschung, Gewerkschaften, politische Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen zusammenführen. Damit stellt der Zusammenschluß etwas dar, was man bislang vornehmlich aus den USA kennt: Einen Think Tank, der auf die Politik Einfluß nehmen will – allerdings von links.

Wissenschaftskritik

Innerhalb des »Denknetzes« pflegt man einen emphatischen Wissenschaftsbegriff, der der Ideologie der Neoliberalen entgegengesetzt wird. Der Professor für Philosophie an der Universität Zürich, Urs Marti, stellt im Jahrbuch 2006 der Initiative »Gute Arbeit für alle« die Frage: »Was wissen die Neoliberalen?« Er arbeitet heraus, daß der Neoliberalismus keine Wissenschaft im strengen Sinne ist, sondern eher postmoderne Wissenschaftskritik. Das neoliberale Dogma faßt Marti so zusammen: »Der Markt kann, wenn er seiner Eigengesetzlichkeit überlassen wird, nicht anders als optimal funktionieren. Tut er das nicht, so trifft die Schuld die Menschen, ihr »falsches« Verhalten und ihr politisches Handeln.«

Der offensichtlichen Funktionsunfähigkeit des Marktes wird nun mit den Mitteln der Wissenschaft im Denknetz zu Leibe gerückt. Im Schwerpunkt des Jahrbuchs 2006 wird die Frage diskutiert, ob die Forderung »Gute Arbeit für alle« Illusion sei oder ein zukunftsweisendes Programm. Nur in der Schweiz kann man eine solche Frage diskutieren, denn die Zeiten der Vollbeschäftigung liegen hier im europäischen Vergleich nicht in weiter Ferne. Doch was in der bundesdeutschen Debatte oftmals zu einem sozialen Defätismus führt, nämlich zur schulterzuckenden Hinnahme, daß es kein Zurück zum Wohlfahrtsstaat mehr geben könne, hat sich in der Gewerkschaftsbasis und bei einigen linken Sozialwissenschaftlern der Schweiz noch nicht vollständig durchgesetzt. Eine Gruppe prominenter »Denknetz«-Mitglieder, darunter der Historiker und Kritiker der neoliberalen Mont Pèlerin Society, Bernhard Walpen, sprechen sich in dem Jahrbuch für eine soziale Grundsicherung in Form guter und sozialversicherungsmäßig abgesicherter Erwerbsarbeit für alle aus. Von einem von der Arbeit entkoppelten Grundeinkommen halten die Autorinnen und Autoren wenig, denn es »verfestigt die

Spaltung zwischen den Erwerbsarbeitenden und den BezügerInnen von Sozialleistungen, statt deren Überwindung anzustreben«.

Grundeinkommen

Zuweilen rutschen in die 15 Thesen, die als Ergebnis der Denknetz-Tagung »Gute Arbeit für alle« im Mai 2006 entstanden sind, auch staatsbürgerliche Bekenntnisse, wie die Feststellung, daß eine dauerhaft hohe Erwerbslosenquote die demokratische Grundlage der Gesellschaft bedrohe. Hier setzt auch die Kritik der Industriosoziologin Mag Wompe, Redakteurin von LabourNet Germany, ein. Ihre Sorge gelte nicht dem sozialen Frieden, sondern der Tatsache, daß trotz systematischer Verarmung eine radikalerer Bewegung ausbleibe. Um dieser auf die Sprünge zu helfen, hält sie die Grundeinkommensforderung als universalistische Forderung, in der sich Arbeitende und Arbeitslose erkennen können, für angebracht. Denn »der Erwerbszentriertheit muß der Rücken gekehrt werden, um auch der nationalen oder europäischen Wettbewerbsfähigkeit weh tun zu können. Denn mit Wirtschaftskriegen – ob um Profite oder um Arbeitsplätze – wird es kein gutes Leben geben, schon gar nicht für alle.« Abschied vom Schweizer Korporatismus fordern auch die Basisgewerkschafter Hans Schächli und Willi Eberle in einem Versuch, die Kritik der politischen Ökonomie zu aktualisieren. Dem Keynesianismus, der als Antwort auf die Krise des Liberalismus entstand und für Vollbeschäftigung und Staatseingriffe optierte, erteilen sie eine Absage, denn seine Forderungen »beschränken sich oft auf Zinspolitik, aktive Lohnpolitik und eine moralisierende Kritik an den Neoliberalen und Neokonservativen«. Sie kommen zu dem Ergebnis, daß »wir mit einer Systemkrise des Kapitalismus konfrontiert sind, die auch die industrialisierten Zentren nicht verschont«. Orientieren müsse sich die Linke an den immer wieder aufbrechenden Konflikten und dies in enger Zusammenarbeit mit Basisaktivisten in den Gewerkschaften. Nur so könne der Korporatismus und die zahnlose Vertretungspolitik in Parlamenten, Regierung und anderen Institutionen überwunden werden.

Das Jahrbuch 2006 steckt den Rahmen einer pluralistischen linken Debatte über die Zukunft der Beschäftigung ab, und es bietet einen guten Einblick in die Debatten der Schweizer Gewerkschafter und Linken.

Denknetz (Hg.): Jahrbuch 2006. Gute Arbeit für alle: Illusion oder Programm? Analysen und Impulse zur Politik. Edition 8, Zürich 2006, 224 Seiten, 25 Fr./17 Euro

Im Internet: denknetz-online.ch